Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

240 (25.5.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 25. Mai 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung vom 23. Mai.

Das Haus ist gut besetzt.

11 Uhr. Am Bundesrathstisch: von Podbielski, Dr. von Buchka und Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des dritten Nachtragsetats. (Gefordert werden 2 Millionen Mark für eine neue telegraphische Verbindung mit England.)

Der Nachtragsetat wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Abg. Dr. **von Levetzow** (kons., zur Geschäftsordnung): Da gegen den Nachtragsetat von keiner Seite Widerspruch erhoben ist, beantrage ich, nach Analogie des gestrigen Vorganges sofort in die dritte Lesung einzutreten.

Präsident Graf **Ballestrem**: Dies ist nur zulässig, wenn Niemand widerspricht.

Abg. **Richter** (freis. Vp.): Ich erhebe Widerspruch.

Präsident Graf **Ballestrem**: Da ein Widerspruch erhoben ist, können wir jetzt nicht in die dritte Lesung eintreten.

Abg. **Richter**: Es liegt ein Mißverständniß vor, ich habe nicht dagegen Widerspruch erhoben, daß sofort in die dritte Lesung eingetreten wird; sondern nur dagegen, daß nach Analogie des gestrigen ungewöhnlichen Vorganges der Entwurf ohne Debatte en bloc angenommen wird. Ich möchte nämlich noch eine Anfrage stellen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Der ungewöhnliche Vorgang wird immer ungewöhnlicher. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bachem** (Centr.): Wir dürfen kein Präcendens schaffen, denn es handelt sich hier um eine Frage von großer Tragweite. Widerspruch ist einmal erhoben, wenn auch aus Mißverständniß.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich glaube nicht, daß es darauf ankommt, daß wir jetzt schon in die dritte Lesung eintreten. Wir können das ja morgen thun. (Zuruf: Uebermorgen!)

Die dritte Lesung findet somit nicht statt.

Es folgt die dritte Berathung des **Nachtragsetats für die Schutzgebiete.**

In der Generaldebatte richtet

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) an die Vertreter der verbündeten Regierungen die Frage, ob die Nachrichten über Unruhen in Kamerun zutreffend seien. Redner wünscht ferner, das Kolonialamt möge möglichst selten zulassen, daß unsere schwarzen Landsleute nach Deutschland gebracht werden.

Kolonialdirektor **Dr. v. Buchka**: Es sind mir keine Berichte zugegangen, welche die Nachrichten über die Unruhen in Kamerun bestätigten. Die Quelle, aus der diese Nachrichten stammen, ist sehr wenig zuverlässig.

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.) bittet um Auskunft über die Konzession von Sholto Douglas, von der in den Zeitungen die Rede gewesen sei. Es sei bedauerlich, daß diese Konzession ertheilt worden sei, ohne daß vorher der Kolonialrath gefragt worden sei. Redner bedauert, daß der Kolonialdirektor für das Projekt der Centralbahn nicht thatkräftig genug eingetreten sei. Die Lauheit des Kolonialdirektors sei allerdings begreiflich, wenn man bedenke, daß das Reichsschatzamt gegen den Bau der Centralbahn eingetreten sei.

Kolonialdirektor Dr. **v. Buchka**: Ich bitte den Herrn Vorredner, doch nicht allzuviel auf Zeitungsnachrichten zu geben. Eine Konzession an Sholto Douglas ist gar nicht ertheilt worden. Der Vorredner hat dann den mir in den Zeitungen gemachten Vorwurf wiederholt, ich hätte das Projekt der Centralbahn nicht energisch genug vertreten. Dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt. Bei der politischen Konstellation, die wir in diesem Winter hatten, war die Centralbahn ein todtgeborenes Kind. Das wird mir das Haus bestätigen. Trotzdem habe ich alles gethan, um die Annahme des Projekts zu erwirken.

Unterstaatssekretär **v. Aschenborn** tritt der Behauptung des Grafen Arnim entgegen, daß das Reichsschatzamt gegen den Bau der Centralbahn gewesen sei. Alle Reichsämter sind nur Organe des Reichskanzlers. Das Kolonialamt ist erst im vorigen Oktober an das Reichsschatzamt mit dem Plan der Centralbahn herangetreten. Damals war es bereits zu spät, da die Finanzirung bereits abgeschlossen war. Außerdem waren die Vorarbeiten noch so wenig gefördert, daß es gegen alle bestehenden Grundsätze gewesen wären, wenn wir damals schon an den Bau der Centralbahn herangetreten wäre. (Hört, hört! links.) Wir haben die Sache dem Herrn Reichskanzler vorgetragen und dieser hat entschieden, daß die Sache zur Zeit noch nicht spruchreif sei; es sollten daher nur 100 000 Mk. für Vorarbeiten in den Etat eingestellt werden. Das Haus hat diese Entscheidung nicht nur gebilligt, sondern ist sogar noch weiter gegangen, indem es auch die 100 000 Mk. gestrichen hat. — Ich betone also nochmals: ein Zwiespalt zwischen einzelnen Ressorts besteht nicht.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. Fr.): Der Unterstaatssekretär stellte es so dar, als ob alle Organe der Reichsregierung einheitlich zusammenarbeiteten. Diesen Eindruck habe ich nicht gehabt. Ich habe im Gegentheil den Eindruck, als ob die einzelnen Staatssekretäre eine durchaus verschiedene Politik befolgen. So ist die Politik des Staatssekretärs Grafen Posadowsky in nationalwirthschaftlicher Beziehung ganz anderer Art als die des Frhrn. v. Thielmann. Es wäre sehr zu wünschen, daß es dem Reichskanzler gelänge, der Politik des Grafen Posadowsky zum Siege zu verhelfen im Gegensatz zu der Politik des Frhrn. von Thielmann. In unserer Kolonialpolitik herrscht heute noch viel zu viel Bureaukratismus. Dem Grafen Arnim können wir nur dankbar für seine Mittheilungen sein, denn oft kommen die überraschenden Nachrichten aus den Kolonien so spät zu unserer Kenntniß, daß wir nichts mehr dagegen thun können. Die jetzt geübte Methode, ganze Landstrecken zu verschenken, hat im Lande keinen Beifall gefunden (Beifall).

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**: Der Herr Vorredner hat behauptet, daß innerhalb der Reichsämter Meinungsverschiedenheiten auf wirthschaftspolitischem Gebiete beständen, die darin gipfelten, daß die Chefs der verschiedenen Verwaltungen eine verschiedene Politik trieben. Aus staatsrechtlichen Gründen muß ich gegen diese Ausführungen Einspruch erheben. Der verfassungsmäßig unzweifelhaft allein verantwortliche Träger der gesammten Reichsverwaltung ist der Reichskanzler und ich würde es für eine der bedenklichsten politischen Entwickelungen halten, wenn sich neben den Vorschriften der Verfassung Zustände herausbildeten, die nicht mehr dem Geiste der Verfassung entsprechen. Das deutsche Reich ist ein föderatives Staatsgebilde; eben darin ist es begründet, daß die politische Verantwortlichkeit nur an einer Stelle liegt und daß sie nicht nach Art der Ministerialverfassung in den Einzelstaaten getheilt werden darf. Und ich glaube, wir haben die dringendste Veranlassung, daran festzuhalten, daß sich dieser verfassungsmäßige Zustand auch mit dem thatsächlichen deckt. Ich halte für die Entwicklung eines Gemeinwesens nichts für gefährlicher, als wenn sich der Aberglaube ausbildet, — oder der mißverständliche Glaube —, daß an einer Stelle die formale Verantwortung sei und an einer anderen die sachliche. Deshalb können solche Zustände, wie sie der geehrte Vorredner dargestellt hat, nicht bestehen. Besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen verschiedenen Stellvertretern des Reichskanzlers, dann haben diese Beamten unzweifelhaft die Verpflichtung — das ist durch eine Verordnung des Fürsten Bismarck ausdrücklich festgestellt — gemeinschaftlich dem Herrn Reichskanzler Vortrag zu halten; dieser entscheidet dann, was zu geschehen hat. Das Ziel der einzelnen Reichsverwaltungen muß also immer dasselbe sein. Differenzen, wie sie der Vorredner angeführt hat, können in großen politischen Fragen nie eintreten. — Schließlich noch eine Bemerkung: Ich bin dem Vorredner für für das Vertrauen, das er mir ausgesprochen hat, außerordentlich dankbar, und ich hoffe, er wird diesem Vertrauen auch thatkräftig Ausdruck geben gegenüber den Vorlagen, die ich die Ehre habe, hier zu vertreten. (Heiterkeit.)

Kolonialdirektor **von Buchka** bestreitet es, daß in der Kolonialverwaltung der Bureaukratismus herrsche. Ebensowenig kann von einem Wegschenken großer Landstrecken die Rede sein. Da das Kleinkapital sich weigerte, die Urbarmachung des Landes in Angriff zu nehmen, mußte die Verwaltung sich an das Großkapital wenden. Ich habe dies früher hier schon ausgeführt, und zum Danke dafür, daß es mir gelungen ist, das Großkapital in die Kolonien zu bringen, hat man mir noch eigennützige Motive zum Vorwurf gemacht.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Vp.) spricht sich nochmals gegen die Forderungen des Nachtragsetats für die Schutzgebiete aus. Bei all den Kolonialdebatten sei noch nie die Frage erörtert, was denn eigentlich aus den Schwarzen werden solle, wenn das deutsche Element in den Kolonien immer größer werde. Es sei einfache Menschenpflicht, auch für die Schwarzen zu sorgen. Man dürfe die Gefahr nicht verkennen, die immer vorliege, wenn eine superiore Rasse mit einer inferioren in Kontakt komme. Man solle jedenfalls nicht den Versuch machen, die Schwarzen mit Gewalt mit einer Kultur zu beglücken, die nicht für sie geeignet sei.

Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. Eine Spezialdebatte findet nicht statt.

Der Nachtragsetat wird in dritter Lesung definitiv angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die Gesammtabstimmung über das Fleischschaugesetz.

Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 123 Stimmen definitiv angenommen.

Für das Gesetz stimmen die Mehrzahl der National-Liberalen, das Centrum, die Polen, die Reichspartei und die meisten Konservativen. Gegen dasselbe stimmen die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, die Antisemiten, die Mitglieder des Bundes der Landwirthe, einige National-Liberale und ein Theil der Konservativen.

Es folgt der Schluß der dritten Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Zur Berathung steht zuerst der § 137a (Mitgabe von Arbeit nach Hause): es soll verboten sein, den Arbeitern, die schon in der Fabrik ihre volle Tagesarbeit geleistet haben, noch Arbeit mit nach Hause zu geben.

In der zweiten Lesung ist dieser Paragraph gestrichen worden.

Die Abgg. Dr. **Hitze** (Ctr.) und **Heyl zu Herrnsheim** (nl.) beantragen nun, ihn in der Fassung wiederherzustellen, daß der Bundesrath befugt ist, Bestimmungen über die Mitgabe von Arbeit nach Hause zu erlassen und sie eventuell zu beschränken oder zu verbieten.

Die Sozialdemokraten beantragen das absolute Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause, und beantragen ferner in weiteren Paragraphen Konsequenzen zu diesem Antrag.

Eine Debatte findet nicht statt.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Heyl-Hitze bereitet große Schwierigkeiten. Der Präsident erklärt den Antrag zwar für abgelehnt, es erhebt sich jedoch lebhafter Widerspruch dagegen aus dem ganzen Hause.

Die Abgg. Dr. **Hitze** (Ctr.) und Dr. **Bachem** (Ctr.) erklären, daß die Fragestellung des Präsidenten im Hause gar nicht verstanden sei, und daß über einen der Konsequenzanträge der Sozialdemokraten und nicht über den Antrag Hitze-Heyl abgestimmt sei.

Präsident **von Frege** bestreitet dies, er habe die Fragestellung ganz richtig gestellt.

In Folge der fortwährenden Zurufe aus dem Hause wendet sich der Präsident an den hinter ihm stehenden Bureaudirektor Geheimrath **Knaack** und scheint diesen um Auskunft zu ersuchen.

Es entsteht eine längere Pause. Unter großer Heiterkeit des Hauses erscheint Präsident Graf **Ballestrem** wieder am Präsidententisch und konferirt mit den Herren Dr. **Frege** und **Knaack**. Wieder eine längere Pause unter stürmischer Heiterkeit des Hauses.

Präsident Graf **Ballestrem** (wieder den Vorsitz übernehmend): Wir kommen zur Abstimmung über einen zu Artikel 9 (Strafbestimmungen) gestellten Antrag Albrecht und Genossen. (Soz.)

Abg. **Bebel**: Herr Präsident, dies ist ein Irrthum, dieser Antrag ist lediglich ein Konsequenzantrag unseres Antrages, der bereits abgelehnt ist. Damit ist auch dieser Konsequenzantrag gefallen. Ich ziehe unsere Konsequenzanträge zurück.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (nl.): Ich konstatire, daß im Hause ein allgemeines Mißverständniß herrscht. Ich bin der Meinung, daß der Antrag Hitze-Heyl nicht abgelehnt sein kann, denn die Mehrheit für den Antrag war vorhanden. Ich schlage vor, über den Antrag nochmals abzustimmen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Das geht nicht, was abgestimmt ist, ist abgestimmt.

Abg. Dr. **Frege** (kons.): Wenn ein Irrthum vorgekommen ist, so ist es nicht Schuld der Leitung. Ich habe, als ich das Präsidium führte, die Frage ganz richtig gestellt. Nichts kann mir doch ferner liegen, als einen anfechtbaren Beschluß herbeizuführen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den § 134 (Lohnzahlungsbücher). Hierzu liegt ein Antrag v. Frege vor.

Abg. **Schmidt** (fr. Vp.): Herr Präsident, über diesen Paragraphen und den dazu vorliegenden Antrag ist bereits früher abgestimmt worden. (Heiterkeit.)

Abg. **Singer** (Soz.): Da auf allen Seiten große Unklarheit zu herrschen scheint, scheint es mir besser zu sein, die Verhandlung über diesen Gegenstand vorläufig zurückzustellen, damit Gelegenheit gegeben gegeben wird, eine Zusammenstellung der bisher noch nicht erledigten Punkte des Gesetzes fertig zu stellen. Ich beantrage daher, erst den folgenden Gegenstand der Tagesordnung, die Berathung des Münzgesetzes, vorzunehmen.

Abg. Dr. **Frege**: Ich kann mich nur dem Antrag Singer anschließen, aber ich muß nochmals betonen, daß unter meiner Leitung eine Irregularität nicht vorgekommen ist. Ich gebe zu, daß es möglich ist, daß mich nicht alle verstanden haben.

Abg. **Singer** befürwortet nochmals seinen Antrag, die Gesammtabstimmung könne nicht eher vorgenommen werden, ehe man nicht genau wisse, was angenommen sei.

Präsident Graf **Ballestrem** schließt sich dem Antrage an, das Protokoll werde ergeben, was abgelehnt sei. (Heiterkeit.)

Der Gegenstand wird hiermit vorläufig zurückgestellt.

Das Haus tritt also zunächst in die **dritte Berathung der Novelle zum Münzgesetz** ein.

In der Generaldiskussion erkennt

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) an, daß der Entwurf in zweiter Lesung eine erhebliche Verbesserung erfahren habe. Er habe jedoch noch immer schwere Bedenken gegen die Vorlage. Redner entwickelt sodann von seinem bekannten bimetallistischen Standpunkt aus seine Bedenken. Man stelle die Vorlage immer als einen prinzipiellen Sieg der Anhänger der Goldwährung hin. Diese Darstellung sei ganz falsch, und er bitte das Haus, das klar zum Ausdruck zu bringen durch Annahme einer von den Abgg. Herold (Ctr.), v. Kardorff (Rp.) und v. Levetzow (k.) beantragte Resolution, wonach der Reichstag durch die Münznovelle keinerlei Erschwerung für eine vertragsmäßige, internationale Regelung der Währung herbeizuführen beabsichtigt. Nur wenn diese Resolution angenommen würde, könne er für das Gesetz stimmen. In seinen weiteren Ausführungen verbittet es sich Redner ganz „entschieden", daß man sich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" herausgenommen habe, seinen Patriotismus zu bezweifeln. Dieser Artikel müsse aus der Reichsbank herstammen, da darin einige Angaben enthalten seien, die nur der Reichsbank bekannt sein könnten. Eine Kritik der Reichsbank sei patriotischer als gewisse Sammlungen für die Nothleidenden in Indien. Schließlich kritisirt Redner ausführlich die Diskontpolitik der Reichsbank, die sich sehr schlecht bewährt habe. Zuletzt dankt er ironisch der Linken für die Ruhe, mit der sie seine Rede angehört habe. (Die ganze Linke hat den Saal verlassen.) Wie sehr die äußerste Linke sich für das Münzgesetz interessire, gehe daraus hervor, daß die Sozialdemokraten zu dem eben erledigten Paragraphen der Gewerbenovelle garnicht gesprochen, nur damit unter allen Umständen das Münzgesetz erledigt werden könne. Die Verabredung, die zu diesem Zweck zwischen den Parteien der Linken zu Stande gekommen sei, beweise, daß die Linke die Schutzgarde des Kapitalismus ist.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.) bedauert, daß die Vorlage im Hause so wenig Interesse finde. Die schlimmsten Giftzähne seien der Vorlage zwar in der zweiten Lesung ausgezogen worden. Aber sie habe noch so viele Giftzähne behalten, daß die Annahme der Resolution Herold nicht genügen würde, seine Bedenken zu beseitigen. Bis jetzt sei überhaupt noch keine Antwort auf die Frage gegeben, weshalb die Regierung die Vorlage eingebracht habe. Nur eine Erklärung könne man dafür geben: die Vorlage sei eine Forderung der reinen Goldwährung, die dem Lande schon so viel Schaden zugefügt habe. — Die Mehrheit seiner Freunde werde das Gesetz ablehnen.

Abg. **Lucke** (B. d. L.) legt Protest dagegen ein, daß die Interessen der Hochfinanz immerfort gefördert würden durch die Leitung der Reichsbank. Die Vorlage sei nur ein Schritt weiter auf diesem Wege; unsere Währungsverhältnisse würden durch dieselbe wesentlich verschlechtert.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. Fr.) bemerkt, daß er längere Ausführungen machen werde, da die Linke sich bis jetzt noch gar nicht an der Debatte betheiligt habe. Vielleicht habe sie dies nur deshalb nicht gethan, weil sie nichts auf die vortreffliche Rede des Herrn Dr. Arndt zu erwidern wisse. Redner geht hierauf in breiter Weise ein auf die Diskontpolitik der Reichsbank, auf die Handelspolitik des Grafen Caprivi, auf die angeblichen Schäden einer passiven Handelsbilanz, auf die traurige Lage der Landwirthschaft und auf die Nothwendigkeit einer Revision der Reichsbankgesetzgebung. Er sei unablässig bemüht, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß die Goldwährung nur dazu diene, die haute finance zu bereichern, die ihre eigentliche Heimath in England und ihre ideelle in Jerusalem habe.

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Abg. Raab (Antis.) beantragt, jetzt zu der Berathung über die Gewerbenovelle zurückzukehren.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es beginnt die Spezialdiskussion.

Zu Artikel I (Einziehung der goldenen Fünfmarkstücke) befürwortet

Abg. Dr. **Arendt** den Antrag, auch die goldenen Zehnmarkstücke einzuziehen.

Abg. **Raab** bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf **Ballestrem** erwidert, daß das Bureau darüber einig sei, daß das Haus beschlußfähig sei.

Der Antrag Arendt wird mit großer Mehrheit abgelehnt, Artikel I wird angenommen.

Artikel II (Einziehung der silbernen 20 Pfennigstücke) wird debattelos angenommen, ebenso Artikel III (Einziehung der 20-Pfennigstücke in Nickel) und Artikel IV (Einziehung der Thaler und Erhöhung der Silbermünzen auf 15 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung).

Abg. Dr. **Arendt** befürwortet, als Artikel IVa, die Bestimmung einzufügen, daß Jeder silberne Fünfmarkstücke bis zu 100, andere Reichssilbermünzen bis zu 20 Mk. annehmen müsse. Der Antrag wird abgelehnt, Artikel IV wird angenommen; ebenso wird der Rest des Gesetzes, die Resolution Herold (Ctr.) und sodann das Gesetz in der Gesammtabstimmung definitiv angenommen.

Dagegen stimmt nur ein Theil der Konservativen.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Präs. Graf **Ballestrem** konstatirt zunächst, daß alle bisherigen Abstimmungen rite vorgenommen worden sind, und daß nur noch über einen Antrag v. Frege (k.) abzustimmen ist.

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird der Rest des Gesetzes angenommen.

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (nl.) beantragt, die Gesammtabstimmung sogleich vorzunehmen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Die Novelle zur Gewerbeordnung wird in der Gesammtabstimmung mit großer Mehrheit definitiv angenommen.

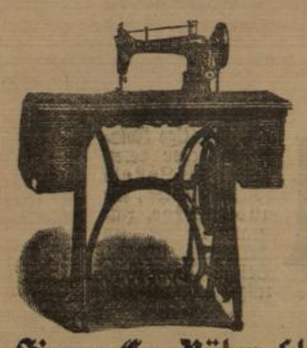
Dagegen stimmt nur ein Theil der Konservativen.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Nachtragsetats. Dritte Lesung der Unfallversicherungsgesetze.)

Schluß 3¼ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.



Singer Nähmaschinen
für
jede Branche der Fabrikation
wie für jede
Häusliche Näharbeit.

Die Nähmaschinen der **Singer Co.** verdanken ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste und vollständige Garantie für die Güte unserer Maschinen.

Kostenfreier Unterricht in der Modernen Kunststickerei.
Singer Kraftbetriebs-Einrichtung neuester Construktion.
Singer Elektromotoren spez. für Nähmaschinenbetrieb, in allen Größen.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Karlsruhe, Kaiserstr. 124.

Frühere Firma: G. Neidlinger. 1850.—.16

Gebr. Mickeleit
Köln a. Rh. ❁ Strassburg i. E.

Centralheizungen aller Systeme.
Lüftungs- und Trockenanlagen, Wasch- und Badeanstalten.
Dampfkocheinrichtungen.
Rohrleitungen für Dampfanlagen.
Einrichtung compl. Dampfkraftanlagen.

Zur Anfertigung von
Druckarbeiten
aller Art
hält sich bestens empfohlen die

„Badische Landeszeitung"
Hirschstr. 9.

Hoch über allen
anderen Systemen steht die

Remington- Schreibmaschine
Glogowski & Co.
2103.3.2 **Frankfurt a. M.**, Kaiserstrasse 47.

Referenzen: Heinrich Lanz, Mannheim (9 Masch.); **Elektr. Akt.-Ges. vorm. W. Lahmeyer & Co.** (42 Masch.); **Leopold Casella & Co.** (28 Masch.); **Klats Maschinen-Gesellsch.** (6 Masch.); **Sunlight Seifenfabrik A.-G., Mannheim** (5 Masch.).

Fritz Kaeferle, Hannover,
Maschinenfabrik, Eisen- und Metallgiesserei,
Fabrik für Heizungs-, Lüftungs- und elektrische Anlagen.

Niederdruck-Dampfheizungen
mit besonderen Niederdruckdampfkesseln oder von vorhandenen Hochdruckdampfkesseln aus durch meine Dampfdruckminderer, eventl. unter Mitverbrauch von Abdampf.

Warmwasser-Heizungen,
Hochdruckdampfheizungen, Trockenanlagen.
Elektrische Anlagen für Licht und Kraft.

Vorprojekte und Kostenanschläge nach eingesandten Plänen gratis. 1691.52.9

Wünschen Sie die Küchenhitze in heissen Sommertagen zu vermeiden?

Thermophor-Essenträger

und sonstige Küchengeschirre ermöglichen die vollständige Einstellung des Herdfeuers nach dem Abkochen der Speisen und Getränke, denn in ihnen halten sich dieselben nach einmaliger kurzer Anwärmung **viele Stunden lang ohne Feuer ganz heiss.** Höchste Auszeichnungen auf allen Ausstellungen.
Generalvertrieb für Grossherzogtum Baden und Elsass-Lothringen **Paul E. Vogel, Strassburg i. E.**
Verkaufsstellen in Karlsruhe: **Meyer & Kersting, Fr. Kohm.** 2278.4.3

Weinverkauf.

In Folge Räumung eines Lagerkellers im badischen Oberlande werden ca. **800—900 Hktr. Markgräfler Weißtweine** aus den Jahren 1896, 1897 u. 1899 dem Verkaufe ausgesetzt.

Anfragen sind zu richten an die Exped. d. Bl. unter Nr. 2757.3.3.

Permanente Ausstellung
eleganter
Damenhüte und Modelle
feineren Genres in mässiger Preislage.
Anfertigung auf Bestellung in kürzester Zeit.
M. Rudolph,
W. Willstätter Nachf.,
138 Kaiserstrasse 138, eine Tr. hoch,
neben dem Friedrichsbad. 2423.6.6

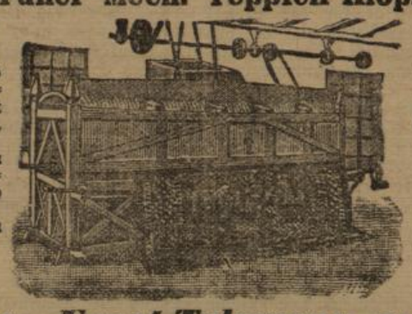
Panther-Fahrräder,
Anerkannt beste und feinste Marke.
Glockenlager in sämtlichen Modellen.
Panther-Kettenlos.
Panther-Motor-Dreiräder.
Panther-Motor-Wagen.
General-Vertreter: **Emil Kohm**
(Inh. Zipfel & Edelmann),
21 Kurvenstrasse **21.** Telefon 196.
Emaillierung, Vernickelung und Reparaturen in eigener Werkstätte schnell und billig. 2176.10.7
Velo-Lernapparat im Hause. Lernbahn im Hardtwalde.

Viel besser als rote Putzpomade ist
826.4.3

Globus-Putz-Extract
von Fritz Schulz jun., Leipzig.
Nur echt mit Schutzmarke: Globus im roten Querstreifen. *Ueberall vorrätig!*

Karlsruher Mech. Teppich-Klopfwerk

befreit die **Teppiche** vollständig von Staub und Mottenbrut, belebt die Farben, schützt vor Verletzungen bringt Ersparnisse und ist unabhängig von der Witterung.



Aufbewahrung von **Teppichen** jeder Art und Größe unter Garantie gegen **Feuer- und Mottenschaden.**

[1795.—9
4. Adlerstr. ***Ernst Telgmann***, Adlerstr. 4.

Wichtig für Kapitalisten!
Hochlohnende neue Industrie.
Deutsche Kunstsandsteinwerke Patent Kleber Actien-Gesellschaft, Berlin, Friedrichstrasse 138.
Vergiebt Licenzen 1725.6.4
und installiert Fabriken zur Herstellung von
Ziegelsteinen aus Sand.
Jahresproduktion von 2 bis 100 Millionen Steinen.
Besser und billiger als Steine aus Lehm und Thon.
Patente in allen Staaten. D. R. P. 103777.
Man verlange Prospekte.

Burk's Pepsin-Wein.
Zu haben in den Apotheken.

483.6.4

(Pepsin-Essenz, Verdauungsflüssigkeit.)
Prämiiert: **Brüssel** 1876, **Stuttgart** 1881, **Wien** 1888, **Porto Alegre** 1881, **Leipzig** 1892, **Baden-Baden** 1896.
In Flaschen à ca. 100 gr M. 1.—, à 260 gr M 2.—, à 700 gr M. 4.50. — Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch.
Ein wohlschmeckendes, mit griechischem Wein bereitetes, diätetisches Mittel, dienlich bei **schwachem** oder **verdorbenem Magen, Sodbrennen, Magenverschleimung,** bei den Folgen des übermässigen Genusses v. Bier u. Wein etc.
Man verlange ausdrücklich: **„Burk's Pepsin-Wein"** und beachte die Schutzmarke, sowie die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung

---

St. Blasien
Sommerfrische, Luft- und Terrainkurort im südl. Schwarzw., 772 m ü. M. 2059.6.1
Hôtel und Kurhaus I. Ranges.

Inmitten alter Anlagen u. Gärten an d. Ufern d. Alb; 200 Zimmer, prächt. Speise- u. Gesellschaftsräume, Terrassen, Altanen u. Veranden, Wasserheilanstalt neuest. Systems mit 33 m l. und über 4 m br. **Wandelhalle.** — **Pensionspreis** bis 1. Juli, Zimmer, Bedienung u. elektr. Beleuchtung inbegr. 6 bis 9½ Mk., je nach Wahl d. mit **Anschlag d. festen Preise** vers. Zimmer.
Lungenkranke sind ausgeschlossen. — Prospekte unentgeltlich.

Seltener Gelegenheitskauf.
Ein vorzügliches
Pianino,
gediegenes Fabrikat ersten Ranges steht unter **unumschränkter Garantie sehr billig** zum Verkauf.
Das Instrument ist wenig gespielt, wie neu, hat einen vollen, edlen Ton, ist kreuzsaitig in ganzem Eisenrahmen und **hochelegant** ausgestattet.
Hans Schmidt,
Musikalienhandlung,
Karlsruhe — Rondellplatz.
Telephon 487. 2770.3.2

Lichtdrucke,
matt und glänzend, auf Karton, Papier, schwarz u. farbig in jeder Auflage. — Illustrierte Musterblätter, Karten, Briefköpfe, Ansichten, Illustrationen für Werke, Kataloge und Preislisten. Reproduktionen nach Oelgemälden, Photographien von Zeichnungen jeder Art werden angefertigt in der
Lichtdruckanstalt von
J. Dolland,
Karlsruhe, 2373.10.8
Steinstrasse 27.

General-Vertreter für Baden
J. G. Deisz, 8.36 15
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 68.

Feinstes dunkles
Culmbacher Exportbier
für Rekonvaleszente, Magenleidende, Wöchnerinnen 2c. 2c.
in ⅓ und ½ Flaschen, sowie in Gebinden empfiehlt 584.48.18
A. L. Beck,
Kaiserstraße 150. Telefon 335.
gegenüber dem Postneubau.

Nur feine Fabrikate!

12.12 **Ueberall zu haben.** 1818

Tapeten-Versand.
Tapeten von **10** Pfg. an versenden
Ziegler & Jansen,
1803.20.8 **Gelsenkirchen.**
Nicht im Tapetenringe.
Musterkarten versenden auf Wunsch.

Specialität:
Schwedische und astreine amerikanische

Zimmer-Thüren
Futter, Bekleidungen etc.
Emil Funcke.
Haupt-Comptoir und Musterlager:
Coblenz, Schlossstr. 7,
wohin alle Anfragen zu richten sind.
Lager: Frankfurt a. M., Niedenau 15
Illustr. Preislisten gratis und franco.
879.52.47

Ein größeres Unternehmen sucht in Baden zur Gewinnung von Vertretern und deren praktische Einführung einige geschäftserfahrene, gewandte
Reisende
gegen festes Gehalt, Spesen und Provisionen. Diskretion wird zugesichert. Ausführl. Offerten unter F. G. A. 394 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. erbeten.
2562.4.3